$\mathrm{titlesec}[2016/03/21]$

Powi Abitur

Aaron Tsamaltoupis January 10, 2025

Contents

$\mathbf{Q}\mathbf{1}$

Q1.1

Grundkurs:

- Grundrechte und Rechtstaatlichkeit
 S.13, S.14, 42 (Sicherheit vs. Freiheit), S 62 (politische Theorien im Grundgesetz)
- Parlament, Länderkammer, Bundesregierung, europäische Institutionen im Gesetzgebungsprozess
 S.19 (Aufgabenverteilung zwiscen Bund und Ländern), S 35f (Gewaltenteilung), S 48 (Verschränkung der Verfassungsorgane), S 51 (Verfassungsorgane und gewaltenverschränkung)
- 3. Rolle des Bundesverfassungsgerichts, Gewaltenteilung S. 57 (gewaltenteilung EU)

Leistungskurs:

- 1. Das politische Mehrebenensystem Vor dem Hintergrund politischer theorien zur Gewalteneinteilung und gewaltenverschränkung (Montesqieu, Locke)
 - (a) S. 55, John Locke, Gewaltenteilung
 - (b) S. 51, Menschenbild Montesqieu, Locke

Q1.1 Grundkurs:

- 1. politische Parteien als Möglichkeit der Partizipation (Funktion von Parteien, Populismus)
 - S. 127 (bpb Populismus), S 155 Begriff Populismus, S. 169 Populismus
- 2. alternative Formen politischer Beteiligung und Entscheidungsformen (bspw Volksentscheid) S.

Leistungskurs:

- Modelle des Wählerverhaltens, Wahlforschung
 S 90. (pluralismus und Willensbildung), S. 106 Wahlen, Wahlforschun,
 Herausforderung der Parteiendemokratie, S. 108: Instrumente der Wahlforschung
- 2. Veränderungen von Parteiensystem und Parteientypen, innerparteiliche Demokratie

S78 (Herausforderungen der Parteiendemokratie), S81 (Parlament vs Plebiszit), S89, S. 94 (Aufgabe der Parteen), S. 97: Übergang Volksparteien zu professionalsierten Wählerparteien

- S. 100 innerparteiliche Politik, S 102 (innere Ordnung von Parteien)
- S. 115 (wehrhafte Demokratie)
- 3. Identitäre vs. Repräsentative Denmokratie S. 71 (Identitäts, Konkurrenztheorie), S72 (Indentität vs Konkurrenz)
- 4. Demokratietheorien der Gegenwart(Pluralismustheorien, deliberative Demokratietheorien)

S. 64, S. 76 Ubersicht

Pluralismus: Russeau, Tocqueville, S. 70(Demokratie und Pluralismus), S. 79 (pluralismus und willensbildung in der BRD)

S 90. (pluralismus und Willensbildung)

deliberative Demokratie: ???

Q1.4 Grundkurs:

- Aufgaben, Funktionen, Probleme klassischer politischer Massenmedien, S. 157 definition Massenmedien, Medien im demokratischen Prozess, S. 161, Medien im politischen Prozess, S158, medien als vermittler, S. 159 f (Massenkommunikation), S. 164 (Medien und Demokratie), S 166: Fehler im Kommunikationsablauf
- 2. Chancen und Risiken neuer politischer Kommunikationsformen im Internet, bspw Filterblasen, Fake News, Sicherheitsrisiko, digitalie Infrastruktur

3. Veränderungen im Verhältnis von Massenmedien und politischen Akteuern (Personalisierung, Medienethik)

${\bf Leistung skurs:}$

- 1. Medien als Wirtschaftsunternehmen S. 181
- 2. Pluralisierung, Internationalisierung, Fragmentierung politischer Öffentlichkeit

1 Q2

1.1 Q2.1

Grundkurs

- Beobachtung, Analyse und Prognose wirtschaftlicher Konjunktur in offenen Volkswirtschaften durch Wirtschaftsforschungsinstitute
 S. 182 Grundwissen, S. 183, S185: Konjunkturanalyse, Konjunkturpolitik
- 2. Grundlagen der keynesianischen stabilisierungspolitischen Konzeption (Krisenanalyse, Bedeutung der effektiven Gesamtnachfrage, Rolle des Staates, Multiplikatoreffekt) (S. 225, S. 258: Angebotspolitik, keynesianische Nachfragesteuerung)
- 3. Möglichkeiten und Varianten nachfrageorientierter Politik (Fiskalpolitik, Geldpolitik) S. 224: Geldpolitik
- 4. Probleme sowie politische und ökonomische Kontroversität nachfrageorientierter Fiskalpolitik, insbesondere Inflation sowie Staatsverschuldung

Leistungskurs

- Erkläungsmodelle konjunktureller Schwankung (güterwirtschaftlich, monetär)
 S. 201 (Ursachen konjunktureller Schwankungen), S.202 (konjunkturelle Indikatoren), S. 203 (Der Wirtschaftskreislauf)
- Erfahrungen mit fiskalpolitischen Interventionen im historischen Vergleich
 S. 221

1.2 Q2.2

Grundkurs

1. Bedeutung und Bestimmungsfaktoren von Wirtschaftswachstum S. 206 (nachhaltiges Wachstum)

- 2. Grundlagen der neoklassischen Konzeption (Einflussfaktoren auf das Wirtschafts), wirtschaftspolitische Gestaltung von Angebotsbedingungen
 - Neoklassik: Marginalprinzip (homo oeconomicus inhärente Stabilität privater Sektor)
- 3. Wettbewerbsfähigkeit von Staaten und Regionen im europäischen Binnenmarkt '

Leistungskurs

- 1. Wettbewerb in unterschiedlichen Marktformen, wirtschaftliche Konzentrationsprozesse
- 2. Wettbewerbspolitik der EU (S. 227)
- 3. wettbewerbspoliti
- 4. WEttbewerbsfähigkeit von Staaten und Regionen im europäischen Binnenmarkt (227)

1.3 Q2.4 Arbeitsmarkt und Tarifpolitik

Grundkurs

- 1. Entwicklung von Beschäftigung, Fachkräftemangel, Beschäftigungsstrukturen (S. 264, S. 272, S. 261: arbeitsmarktpolitische Instrumente)
- 2. Tarifvertragsparteien, Tarifpolitik, Tarifautonomie (S. 259f, S.265, S. 269: Tarifpartner, Tarifautonomie, politik, S. 271 Ablauf Tarifkonflikt)
- 3. Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung (S.273)
- 4. konkurrierende Gerechtigkeitsbegriffe (Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit, Chancengleichheit, Diskriminierungsprobleme)

Leistungskurs

1.4 Q2.5

2 Q3

2.1 Q3.1

Grundkurs

1. Russland-Ukraine Krieg, differenzeierte Staatenwelt, unterschiedliche Konfliktarten

S. 298, S. 288

Terrorismus: 314

- 2. Ziele, Strategien deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zu Konfliktbearbeitung und -prävention
 - S. 301 (Kriegstüchtigkeit von Deutschland), S. 304
- 3. Möglichkeiten, Verfahren, Akteure kollektiver Konfliktbvearbeitung und Friedenssicherung im Rahmen internationaler Institutionen und Bündnisse (dokument Sicherheitspolitisches Seminar), S.309: wandel von monozu multipolarität, S.306: zunehmende wichtigkeit von intern. Bündnissen: S. 323 (UNO), S. 325 (Völkerrecht), S.327, intern. Schutz der Menschenrechte, S. 330, S.333 Nato

Leistungskurs

- 1. Theorien internationaler Politik hinsichtlich Aspekte Frieden, Sicherheit, Kriegsursachen (Realismus, Idealismus/Liberalismus, Institutionalismus)
- 2. Wandel staatlicher Souveränität durch Verrechtlichung (internationales Strafrecht) (S. 289, "alte" ,"neue" Kriege)

2.2 Q3.2

Grundkurs

Überblick über Entgrenzung, Verflechtung von Nationalökonomien hinsichlich Außenhandel, Freihandelszonen, Binnenmärkten, Währungsräumen, Währungssystemen, Kapitalmärkten, Arbeit und damit verbundenen Chancen und Risiken (Chancen und risiken von Globalisierung)
 S. 339 (was ist globalisierung), S. 340: Aspekte der Glob., S 341, S 344: Ursachen Folgen von Globalisierung,

- 2. Staaten zwischen Wohlfahrtsstaat und Wettbewerbsstaat S359, S. 363 (protektionismus),
- 1. Außenhandelstheorien: S. 354 (Smith, Ricardo)

3 Q1

3.1 Q1.1

Verfassung und Verfassungswirklichkeit: Rechtsstaatlichkeit und Verfassungskonflikte

3.1.1 Grundrechte, Grundgesetz, Rechtsstaatlichkeit

Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Verfassung (insb. Art. 1, Art. 20, Art. 79 GG)

- Artikel 1 sec: Artikel 1]
- Artikel 20: Die Verfassung in Kurzform
 - Rechtsstaatlichkeit:
 - * Staat, indem auch die Gesetzgebung an die Verfassung gebunden ist \implies Willkür ist so nicht möglich
 - * Schutz des individuellen Rechts
 - * sorgt für Gleichheit

- Sozialstaat:

- * sozialdemokratischer Ansatz soziale Risiken der kapitalistischen Marktwirtschaft abzuschwächen
- * staatliche Intervention in einem kapitalistischen System um soziale Ungleichheit zu verringern und das Existenzminimum der Bürger zu sichern, bspw durch Arbietsrecht, Tarifautonomie, Sozialversicherungspolitik, Jugen-, Kinder-, Familien, Inklusions-, Geschlechterpolitik

- Demokratie

* Gewalt geht vom Volk aus, ermöglicht Mitbestimmung und benötigt auch Mitbestimmung des Volkes (so erfordert Demokratie bspw. Wahlen)

- Bundesstaat

- * Bündnis aus Bundesländer
- * Länder haben andere Aufgaben als der Bund

- * Länder müssen Gesetzen zustimmen
- * Trotz Wahrung der Eigenständigkeit werden bestimmte Befugnisse an den Bund abgegeben

- Republik

- * Staatsoberhaupt wird gewählt (Gegensatz zur Monarchie) \Longrightarrow Gemeinwohlpolitik
- * Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative, Judikative
- Artikel 79
- Freiheit vs Sicherheit
 Freiheit gilt als Basis der Menschenwürde und muss nicht gerechtfertigt werden

3.1.2 Verfassungsorgane

Parlament, Länderkammer, Bundesregierung, Europäische Institutionen im Gesetzgebungsprozess

S.48: Verschränkung der Verfassungsorgane in der Gesetzgebung

Die Bundesregierung

- Art. 62 GG: Besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern
- Ausführung von Gesetzen, Umsetzung politischer Maßnahmen
- Rolle der Regierung in der Gesetzgebung:
 - -Gesetzesentwürfe für den Bundestag
 - -beratende, Unterstützende Rolle
- Deutsche Bundesregierung beruht auf dem Kanzlerprinzip: Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik, trägt die Verantwortung
- Aufgabe des Kanzlers:
 - * schlägt Minister zur Ernennung und Entlassung vor, kann den Wechsel von Ministern veranlassen, dadurch sehr viel Macht
 - * Darf sich neue Ministerien ausdenken
 - * trägt Verantwortung für Politik
- Jeder Minister leitet seinen Zuständigkeitsbereich eigenständig und trägt für diesen Bereich die Verantwortung

Der Bundestag

- Nicht Teil der Exekutive
- Vertretung des deutschen Volkes
- Einzige Institution auf Bundesebene, die direkt vom deutschen Volk gewählt wird
- Aufgaben:
 - -Gesetzgebung
 - -Wahl des Kanzlers
 - -Entscheidung über Einsatz der Bundeswehr
- Der Gesetzgebungsprozess:
 - Gesetzesentwurf wird eingebracht:

 \Longrightarrow

- * Lesungen in Gesamtheit der Abgeordneten
- * detailierte fachliche Bearbeitung, auch durch Anh;eorung von Experten
- * 2.Lesung: Gesetzesentwurf wird diskutiert
- * 3.Lesung: Abgeordnete stimmen über Entwurf ab
- * Bundesrat und Bundestag bewerten Gesetzesentwurf

Der Bundesrat

Landesparlamente sind zuständig für die Gesetzgebung in den Bereichen der Länder (Bildung, Kultur, etc...)

Nach Art 50: Bundesrat ist Möglichkeit für die Läder bei der Gesetzgebung und Verwaltung auf Bundes- und EU-Ebene mitzuwirken.

- \implies dies beinhaltet:
 - Bundesrat kann gegen Gesetze Einspruch erheben. Dieser Einspruch muss dann durch eine Mehrheit im Bundestag überstimmt werden.

Oft können Gesetze nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Bundesrats erlassen werden.

- Initiativrecht (Art 76 GG)

Bundesrat kann (genauso wie Bundesregierung) Gesetzesentwürfe entwickeln.

Bundesregierung

Der Bundespräsident

- Repräsentant aller Deutschen
 - * völkerrechtliche Vertretung
 - * Staatsbesuche
 - * Ernennen von Soldaten, Bundesrichter, Bundesbeamten
- sollte parteiplitisch neutral sein
- keine aktive politische Teilhabe
- kann Probleme in die Öffentlichkeit heben
- Rolle in der Gesetzgebung:
 - -Prüfung der Gesetze, Unterzeichnung der Gesetze
- Wahl des Bundespräsidenten:
 - -Bundesversammlung
 - \implies Bundesversammlung besteht zur Hälfte aus Bundestagsabgeordneten und zur Hälfte aus Vertretern der Länder

Das politische Mehrebenensystem vor dem Hintergrund politischer Theorien zur Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung

3.1.3 Gewaltenteilung, Gewaltenverschränkung in der BRD

Gewaltenteilung in der BRD:

Legislative:

Judikative:

Exekutive:

3.1.4 John Locke, Montesqieu

Menschenbild Locke:

- -Menschen sind gemeisnchaftsbilden, frei gleich, unabhängig
- -Menschen haben unveräußerliche Rechte
- -Der Mensch als Individuum steht über allem

Wenn jemand seiner Freiheit beraubt wird, darf er der Obrigkeit Widerstand leisten.

Herrschaftsbild Locke:

- -unveränderliche Gesetze
- -Volkssouveränität
- -Trennung von Staat und Kirche
- -Machtmissbrauch auch in Demokratien möglich
- \implies John Locke als Ideengeber der modernen Staaten

Menschenbild Montesqieu

- -Vernunft führt zum Allgemeinwohl
- -Mensch hat Loyalität den gegebenen Gesetzen gegenüber

-gute Gesetze ergeben sich durch Vernunft und gottgegebene Ordnung

Herrschaftsbild Motesqieu

- -Monarchie muss durch eine Verfassung begrenzt werden, um nicht zur Tyrannei zu werden
- -Auch Demokratien können zu Tyranneien werden, wenn sie nicht durch eine Verfassung kontrolliert wird
- -Tyrannei:
 - Regierenden überschreiten die Macht, die ihnen durch das Gesetz gegeben wurde
 - Regierenden missbrauchen die Macht, die ihnen durch das Gesetz gegeben wurde in einer Weise, die gegen das Gesetz verstößt

_

-Zweck der Gesellschaft ist die Erhaltung des Eigentums